

Erwin Teufel

Verantwortung der Kirche für die Gesellschaft

Die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung der Kirche ist eigentlich ein theologisches Thema. Die Antwort auf diese Frage hängt letzten Endes davon ab, wie man – in Entfaltung des Zeugnisses von Schrift und Tradition – die Kirche theologisch versteht. Es hat im Lauf der Kirchengeschichte recht unterschiedliche Kirchenbilder gegeben und dementsprechend recht unterschiedliche Einschätzungen des Verhältnisses der Kirche zur Gesellschaft.

Man braucht sich nur einige Stationen der Kirchengeschichte zu vergegenwärtigen, die jeweils auch ihren Niederschlag in theologischen Theorien gefunden haben: von der kleinen, am Anfang noch mit dem Judentum eng verbundenen, bald von den Römern verfolgten Gemeinschaft der Jesus-Jünger zur staatstragenden Religion des späten Römerreichs; von der im Konzert der europäischen Mächte voll mitspielenden Papstkirche des hohen Mittelalters und der frühen Neuzeit bis zur schweigenden Kirche der unterdrückten Minderheiten in den meisten Staaten Osteuropas; von der stark auf die Hierarchie konzentrierten Kirche vergangener Jahrhunderte bis zur Kirche der kleinen Basisgemeinschaften in vielen Diözesen des heutigen Lateinamerika.

In allen diesen Formen hat die Kirche versucht, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Es wäre die Aufgabe kirchengeschichtlicher und theologischer Überlegungen, darüber nachzudenken, was daran gut und was weniger gut war, wo die Kirche ihrem Auftrag mehr und wo sie ihm weniger gerecht geworden ist, wo sie versagt hat und was daraus für heute zu lernen ist. Diese Fragen fallen in die Kompetenz des Theologen, nicht in die des Politikers.

Dienst am einzelnen

Allerdings muß auch der Politiker, wenn er sich in *seiner* Sicht über die Kirche äußert, von theologischen Voraussetzungen ausgehen. Diese leitende Voraussetzung ist für mein Verständnis am prägnantesten in dem Satz von Dietrich Bonhoeffer formuliert: „Kirche ist nur dann Kirche Christi, wenn sie Kirche für andere ist.“ Genau das gleiche hat das Zweite Vatikanische Konzil gesagt, wenn es die Kirche immer wieder als dienende Kirche beschreibt. Kirche für andere, dienende Kirche – was heißt das „politisch“, was ergibt sich daraus für den gesellschaftlichen Auftrag der Kirche?

Meiner Überzeugung nach sollte eine Antwort auf diese Frage zunächst von dem scheinbar widersprüchlichen Grundsatz ausgehen: Die Kirche tut dort der *Gesamtgesellschaft* den größten Dienst, wo sie für den *Einzelmenschen* da ist. Damit ist nicht gemeint, daß sich die Kirche in den privaten Bereich zurückziehen sollte. Ganz im Gegenteil. Natürlich hat die Kirche eine unveräußerliche öffentliche Verantwortung. Aber gerade im Rahmen dieser öffentlichen Verantwortung ist der Dienst am einzelnen Menschen vielleicht das Allerentscheidendste und Unersetzlichste, was die Kirche tun kann.

Der einzelne ist in der modernen Industriegesellschaft in Gefahr, in tausenderlei Rollen zu zerfallen und nicht mehr er selber zu sein. Er ist Arbeitnehmer, Vater oder Mutter, Wähler, Vereinsmitglied, Konsument, Fernsehzuschauer, Zeitungsleser, Tourist, Autofahrer und noch alles mögliche andere. Die Bürger eines modernen Gemeinwesens werden ständig auf eine dieser Rollen angesprochen – Rollen, die sie jeweils mit sehr vielen anderen teilen – und sie müssen sich ständig sachgerecht in einer dieser Rollen bewegen. Der Ort, wo jeder nicht in irgendeiner Funktion, sondern als ganzer Mensch, als er selber angesprochen wird, wo er Forderung *und* Trost erfährt, ist die Kirche. Die Gewerkschaft kümmert sich um ihn als Arbeitnehmer, die Parteien interessieren sich für ihn als Wähler, die Wirtschaft bemüht sich um ihn als Käufer – die Kirche interessiert das alles auch, aber in erster Linie interessiert sie diesen Mensch als solcher.

Im Gebet und im Gottesdienst kommen keine Funktionsträger vor, von denen es jeweils Millionen gibt, sondern einzelne Menschen mit ihrem unverwechselbaren Lebensweg, ihren guten und schlechten Seiten, ihren Sorgen und Hoffnungen, ihrem Glauben und ihrem Kleinglauben. Bei der Taufe geht es nicht um den späteren Steuerzahler oder Studenten, sondern um diesen ganz konkreten Menschen mit seiner unvertretbaren Freiheit und Verantwortung; bei der Eheschließung geht es nicht um spätere Kindergeldempfänger oder Eigenheimbesitzer, sondern um den Bund von zwei Menschen mit nicht austauschbaren Gesichtern; und wenn wir mit der Kirche unsere Toten begraben, dann bekunden wir damit, daß hier nicht ein Rädchen ausgefallen und durch ein anderes ersetzt worden ist, sondern daß ein einmaliges Leben zu seiner letzten Verantwortung und ewigen Seligkeit gerufen wurde.

Die Kirche tut in einer Zeit, in der der einzelne sich vielfach bloß noch als austauschbares Element komplizierter gesellschaftlicher Strukturen fühlt, einen schlechthin unschätzbaren Dienst, wenn sie dem einzelnen die Möglichkeit gibt, zu sich selber zu kommen. Denn gerade eine komplizierte, durchorganisierte und durchrationalisierte Gesellschaft kann nur menschlich bleiben, wenn möglichst viele Menschen wissen, daß sie *mehr* sind als die zahlreichen gesellschaftlichen Rollen, die sie spielen.

Bewährung in der Diasporasituation

Den Dienst am einzelnen Menschen kann die Kirche freilich nur richtig leisten, wenn sie sich angemessen in der Gesellschaft bewegt, in der sie lebt. Wenn sich die Kirche verständlich machen will, muß sie ein realistisches Bild von der Situation haben, in der sie sich befindet.

Diese Situation ist heute dadurch gekennzeichnet, daß die Kirche den bestimmenden und prägenden Einfluß auf die Öffentlichkeit verloren hat. Die Grenzen der Kirche und des Gemeinwesens sind heute nicht mehr deckungsgleich. Bis auf das letzte Dorf ist der Pluralismus der Weltanschauungen und Lebens-einstellungen vorgedrungen. Das Konstantinische Zeitalter ist unwiederbringlich vorbei. „Die Kirche der Zukunft“, so Karl Rahner, „wird nicht mehr eine Kirche sein, in der sich Volk und Kirche decken, sondern die Kirche der Zukunft wird eine Kirche der Minderheit, eine Kirche der Diaspora sein.“ Und: „Der Christ muß mit dieser Diasporasituation fertig werden und ein positives Verhältnis zu ihr finden.“

Es ist aber ein gewaltiger Unterschied zwischen Diaspora und Getto. Die Kirche muß sich heute in der Diaspora bewähren, sie darf sich aber unter keinen Umständen in ein Getto abdrängen lassen oder sich gar freiwillig in ein Getto zurückziehen. Auch wenn sie die Gesellschaft nicht mehr normieren kann, richtet sich ihr Auftrag an die gesamte Gesellschaft.

Um das Ausmaß des geschichtlichen Wandels im Verhältnis zwischen Kirche und Gesellschaft zu begreifen, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, wie es früher in einer Gemeinde aussah. Kirchengemeinde und politische Gemeinde waren eng verzahnt, sie bildeten geradezu ein soziales Ganzes. Die Kirche bestimmte ganz wesentlich alle Verhaltensnormen, sie prägte den Tageslauf und Jahreslauf, sie repräsentierte das Wertsystem der Gesellschaft. Wer es nicht – zumindest formell – anerkannte, war ein gesellschaftlicher Außenseiter.

Diese Einheit von Pfarrgemeinde und politischer Gemeinde, von kirchlichem und religiösem Leben prägte das Leben jedes einzelnen von der Wiege bis zur Bahre, zumal sich in der Regel das ganze Leben an ein und demselben Ort abspielte. Früher wuchs ein Mensch in seiner Gemeinde auf, ging dort zur Schule, fand dort Arbeit, heiratete, zog seine Kinder groß und wurde schließlich auch dort begraben – und begegnete dabei so gut wie ständig immer wieder der Kirche.

Heute ist an die Stelle der Verwurzelung in einer Gemeinde eine weitgehende *Mobilität* getreten und dort, wo früher die Kirche die für die Gesellschaft verbindlichen Werte repräsentierte und garantierte, steht heute eine *Pluralität* von Wertsystemen, an denen sich der einzelne orientieren, nach denen er sein Verhalten bestimmen kann. Christen – ob sie nun in der Kirche, in der Politik oder wo immer ihre Arbeit zu tun versuchen – tun gut daran, sich der gegebenen

Situation als Realisten zu stellen, statt in eine angeblich bessere Vergangenheit oder in eine erträumte bessere Zukunft zu flüchten.

Das Verhältnis zwischen Kirche und Gesellschaft war nie problemlos und wird nie problemlos sein. Genauso wie es falsch wäre, frühere Verhältnisse zu verklären und die heutigen bloß als bedrohlich zu empfinden, genauso falsch wäre es, die Vergangenheit zu verdammen und nur unsere gegenwärtigen Verhältnisse zu loben. Jede Konstellation zwischen Kirche und Gesellschaft birgt ihre Chancen und ihre Gefahren. Unsere Aufgabe ist es nicht, früheren Konstellationen nachzutrauern oder künftige herbeizusehnen, sondern mit den heutigen fertig zu werden.

Auch die Einheit von kirchlicher und politischer Gemeinde, von kirchlichem und gesellschaftlichem Wertsystem hat nicht zu einer so vollkommenen Christianisierung geführt, wie es im Rückblick manchmal scheinen mag. Der französische Kirchenhistoriker Jean Delumeau, der einerseits sehr viel über solche Mangelercheinungen in der Geschichte des christlichen Europa geforscht hat und der andererseits überzeugt ist von den Chancen des Glaubens und der Kirche in der heutigen Zeit, hat einen bemerkenswerten Satz formuliert. Er lautet: „Gott war vielleicht früher weniger lebendig, als man oft glaubte, und er ist heute weniger tot, als man meint.“

Gerade unsere heutige Gesellschaft braucht den Dienst der Kirche. Die Kirche darf sich nicht auf sich selber zurückziehen. Ihr Forum ist heute wie gestern und in Zukunft die Gesamtgesellschaft. Nur steht ihr Handeln heute nicht im Zeichen von Macht und Einfluß, sondern im Zeichen des Dienstes. Verkündigung und soziale Aktivität der Kirche müssen „zeichenhaftes Angebot, nicht machtvoll behauptung einer gesellschaftlichen Eigensphäre“ (H. Maier) sein. Zeichenhaftes Angebot von was? Was hat die Kirche der Gesellschaft zu bieten? Was soll sie bieten? Was wünscht sich ein Politiker, besonders wenn er sich selber in der Kirche zuhause fühlt, daß die Kirche bieten möge?

In der abgekürztesten Form wird die Antwort lauten müssen: daß die Kirche die drei Grundvollzüge praktiziert, die von jeher ihr Wesen ausmachen: die Verkündigung, die Martyria; den Gottesdienst, die Liturgia; und den Bruderdienst, die Diakonia. Alle drei Vollzüge gehören engstens zusammen. Der Inhalt der Verkündigung wird im Gottesdienst gefeiert und im Alltag gelebt. Wortverkündigung und Tatverkündigung gehören ebenso zusammen wie Gottesdienst und Bruderdienst.

Verkündigung der christlichen Botschaft

Was die Verkündigung der christlichen Botschaft für den Politiker so wichtig macht, ist zuerst und zuletzt die Tatsache, daß sie den Menschen Hoffnung und Zuversicht vermitteln kann, daß sie dem Leben einen Sinn gibt.

Es sind ja heute zwei Einstellungen verbreitet, die beide auf einem dunklen Gefühl der Sinnlosigkeit des Daseins beruhen. Die eine von diesen Einstellungen heißt Resignation und Zukunftsangst. Sie beruht auf dem Verdacht, daß alles sinnlos sein könnte. Das führt dazu, daß man die Zukunft als bedrohlich empfindet und sich nicht einmal mehr entschließen kann, den nächsten notwendigen Schritt zu tun. Diese Einstellung ist mit ein Grund für das, was an Staats- und Parteienverdrossenheit, aber auch an Angst vor technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen verbreitet ist.

Die andere Einstellung geht im Grund auch von dem uneingestandenem Verdacht der Sinnlosigkeit aus und zieht daraus die Konsequenz, daß der Sinn gemacht werden muß, daß man den vermißten Sinn durch größte Perfektion auf allen Gebieten des Lebens herstellen kann.

Wird in der ersten Einstellung der Mensch unterfordert und geradezu gelähmt, so wird er in der zweiten überfordert. Die erste Einstellung führt zur Lethargie, die zweite zur Überanstrengung, jede von beiden zur Frustration. Was gebraucht würde, ist eine Haltung, die den Mut hat, Schritte in die Zukunft zu tun, und die trotzdem von der Zukunft keine Wunder erwartet, die sie nicht bringen kann.

Genau das besagt die christliche Botschaft der Hoffnung. Sie geht über das Machbare, vom Menschen Herstellbare hinaus. Sie betet „zu uns komme *Dein* Reich“ und nicht „es komme *mein* bzw. *unser* Reich“. Und gleichzeitig ist sie tätige Hoffnung, Hoffnung für das, was ist, und nicht an ihm vorbei.

Je mehr und je ansteckender ein Christ, eine christliche Gemeinde, eine Kirche diese Hoffnung lebt, desto mehr bedeutet sie für alle anderen Menschen. Natürlich hat niemand Patentrezepte dafür anzubieten, wie das geht. Ganz entscheidend dürfte es jedenfalls sein, wie weit es in der Predigt und im Religionsunterricht gelingt, etwas davon zu vermitteln. Wenn hier – fern sowohl von kleinlauter Ängstlichkeit wie von falscher Besserwisserei – im besten Sinn des Wortes *offensiv* die christliche Hoffnung verkündet wird, dann ist der Gesellschaft, auch soweit sie nicht direkt mitgeht, sehr viel geholfen.

Denn soviel ist klar: Für fast alle zentralen Fragen, vor denen wir heute in Gesellschaft und Politik stehen, gilt, daß sie an religiöse Dimensionen rühren, wenn man sie nur tief genug auslotet. Besonders augenfällig gilt das für drei Fragen:

1. *Das Verständnis der Freiheit.* Von Freiheit wird heute sehr viel geredet, aber fast jeder versteht etwas anderes darunter. Für die einen ist die Freiheit

die Freiheit des Individuums von allen Bindungen und Normen, Überlieferungen, Autoritäten, schließlich auch von Bindungen an andere Menschen mit dem Ziel der Selbstverwirklichung, was immer das ist. Für andere ist diese Freiheit so unheimlich geworden, daß sie ihre Einbindung ins Kollektiv zum Ziel erklären, daß sie den gefährlichen Sprengsatz Freiheit durch von oben verordnete Gleichheit möglichst entschärfen wollen.

Für andere wieder ist Freiheit zu einer bloßen Wunschvorstellung, einem Luftschloß geworden, dem die Wirklichkeit des Menschen nicht entspricht, weil diese Wirklichkeit in dieser Sicht durch biologische, psychologische und gesellschaftliche Determination bestimmt ist.

Im Unterschied zu diesen folgenreichen Mißverständnissen der Freiheit sagt das christliche Freiheitsverständnis, daß die Freiheit des Menschen an den *Anspruch* gebunden ist, den er im Gewissen erfährt, und daß sie *begrenzt* wird durch die Freiheit anderer Menschen. Für die Botschaft der Kirche gehören Freiheit und Verantwortung engstens zusammen: *Verantwortung vor dem Gegenüber, das wir im Gewissen erfahren* – so daß wir wissen, daß wir unsere Freiheit weder uns selbst noch der Gesellschaft verdanken und daß wir nicht das letzte Maß aller Dinge sind; *Verantwortung vor uns selber* – so daß wir uns nicht für alles, was wir falsch machen, auf Veranlagung oder äußere Umstände hinausreden können; *Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen* – so daß wir unsere Freiheit nicht auf Kosten und zu Lasten der anderen ausleben dürfen. Wie sehr diese Botschaft in einer Zeit, in der sowohl Freiheitsüberschwang wie Freiheitsangst herrschen, an der Zeit ist, bedarf keiner weiteren Begründung.

2. Als zweites politisches Thema wäre die *Familie* zu nennen. Die Familie genießt bei uns Grundrechtsschutz. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Wir wissen, daß die Familie nicht nur die erste, sondern auch die wichtigste Gemeinschaft für den Menschen ist. Wenn er in der Familie nicht Vertrauen, Gemeinschaft, Geborgenheit und Verantwortung erfährt, kann er es später nicht weitergeben. Ohne diese Grundhaltungen gibt es aber kein menschliches Zusammenleben.

Obwohl das alles bestens bekannt ist, erleben wir gleichzeitig, daß der Mut zur lebenslangen Bindung zurückgeht, daß eine wachsende Zahl von Paaren zusammenlebt, ohne zu heiraten, daß ebenfalls eine wachsende Zahl von Paaren nur noch höchstens ein bis zwei Kinder oder überhaupt keine will. Wir haben heute in der Bundesrepublik die niedrigste Geburtenrate der Welt. Man kann und muß auch in der Politik diesen Entwicklungen entgegensteuern.

Aber völlig unstrittig ist, daß letztlich ausschlaggebend eine Bewußtseinsänderung ist, die in das Religiöse reicht. Wenn jemand davon überzeugt ist, daß das Leben ohnehin sinnlos ist, dann werden ihn auch die schönsten politischen Programme nur schwer dazu bewegen können, Leben weiterzugeben.

Wenn dagegen jemand nach der Devise zu leben versucht, daß man ein sinnvolles Leben nicht in Egoismus, sondern in Liebe und Treue erreicht, haben politische Maßnahmen eine ganz andere Basis.

3. Die dritte aktuelle politische Problematik, die geradezu nach dem Wort der kirchlichen Verkündigung schreit, ist der Komplex *Wachstum – Umwelt*. Ganz überraschend hat hier eine Grundaussage des christlichen Glaubens geradezu politische Aktualität bekommen: der Schöpfungsglaube. Wir erkennen heute vielleicht besser als jemals zuvor, was es heißt, die Welt als Schöpfung zu verstehen. Es heißt, daß dem Menschen seine natürliche Umwelt gewissermaßen treuhänderisch anvertraut ist. Es heißt, daß der Mensch weder Sklave seiner natürlichen Umwelt ist noch ihr unumschränkter Herr.

Jahrzehnte-, wenn nicht jahrhundertlang hat die zivilisierte Menschheit Raubbau an der Schöpfung getrieben. Es wurde sowohl die uralte Erkenntnis vergessen, daß der Mensch – zu seinem eigenen Nutzen! – nicht alles tun darf, was er technisch und wirtschaftlich tun könnte, und ebenso wurde vergessen, daß die Erde als Schöpfung endlich ist, daß sie Grenzen hat, und daß man sie deshalb nicht unbegrenzt ausbeuten kann. Und was passiert heute, wo man diese vergessenen Wahrheiten wiederentdeckt? Man verfällt mit den gleichen pseudoreligiösen Gefühlen der *Fortschrittsangst*, mit denen man früher dem *Fortschrittsglauben* anhing.

Auch hier könnte die Kirche einen ganz wichtigen Beitrag leisten: Zum einen dadurch, daß sie die Politiker, die Wirtschaftsbürger und den einzelnen Menschen an ihre Verantwortung für die Schöpfung erinnert; zum anderen dadurch, daß sie auf die verborgenen religiösen Ängste und Hoffnungen hinweist, die in der Umwelt- und Wachstumsdiskussion im falschen Flußbett schwimmen. Durch eine solche Bewußtseinsbildung könnte das Verständnis für notwendige Maßnahmen des Haushaltens vergrößert und die Diskussion versachlicht werden.

Gottesdienst

Genauso notwendig wie die Verkündigung ist für unsere Gesellschaft die Liturgie der Kirche. Was sie für den einzelnen bedeutet, der hier die Gelegenheit findet, zu sich selber zu kommen, wurde schon angedeutet. Sie hat darüber hinaus eine eminente *soziale Bedeutung*.

Es ist für ein Gemeinwesen wichtig, wenn sich in seiner Mitte Menschen Sonntag für Sonntag und besonders an den Festtagen des Jahres zur Feier des Gottesdienstes zusammenfinden. Natürlich ist das heute auch nicht mehr die ganze Gemeinde. Aber die Tatsache, daß es geschieht, hat trotzdem Bedeutung für die ganze Gemeinde. Während fast alles in unserem öffentlichen Leben durchorganisiert und nach zweckrationalen Gesichtspunkten geordnet ist, gibt es im

Gottesdienst einen Raum, wo permanent daran erinnert wird, daß Zweck und Nutzen nicht das Einzige und schon gar nicht das Höchste im Leben sind.

Und noch ein weiteres: Wir haben zwar keine Klassengesellschaft, aber wir haben eine Gruppengesellschaft, in der der einzelne vor allem durch die Rollen definiert ist, die er in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen spielt. Es ist nun für eine solche Gesellschaft geradezu lebensnotwendig, daß es Orte und Zeiten gibt, in denen die Grenzen aller Gruppen aufgehoben sind, wo Menschen aller Berufe, aller Einkommensklassen, aller Gesellschaftsschichten, aller Generationen in einem gemeinsamen Rahmen zusammenkommen. Wo gibt es das außer im Gottesdienst?

Und schließlich ist der Gottesdienst der Ort, wo gemeinsam und öffentlich *gefeiert* wird. Ohne Fest und Feier gibt es keine menschliche Gemeinschaft. Wirklich menschlich ist aber nur eine Feier, bei der eine Gesellschaft mehr feiert als sich selber. Im Gottesdienst, wo die verschiedensten Menschen jeweils als sie selber, als Personen, den Sinn des Ganzen, den Sinn ihres Lebens feiern, geschieht deshalb etwas für die gesamte Gesellschaft äußerst Wichtiges.

Bruderdienst

In der Diakonia, im Bruderdienst, muß das, was in Verkündigung und Liturgie geschieht, die Probe auf seine Glaubwürdigkeit ablegen. Dazu nur einige Konkretionen. Es wäre eine große Täuschung, wenn man meinte, das Netz der sozialen Sicherung sei heute so dicht, daß den kirchlichen Gemeinden nichts mehr zu tun übrig bliebe. Denn erstens ist in unserem bewährten System der Mitwirkung der freien Träger die Kirche selbst in den Bereich der sozialen Dienste einbezogen, und zweitens gibt es immer noch genügend soziale Problemfelder, wo zwischenmenschliche Hilfe gefragt ist, für die eben nur eine Gemeinde sorgen kann und nicht eine staatliche Behörde. Die Diakonie der Kirche wird heute nicht weniger, sondern eher noch mehr gebraucht als früher. Die kirchliche Gemeinde muß die *Stimme derjenigen sein, die in unserer Gesellschaft keine Stimme haben*. Das sind diejenigen, die nicht in Verbänden und Vereinen organisiert sind und die keine mächtigen Repräsentanten haben: die Kinder, die Hausfrauen, die alten Menschen, die Behinderten, die Kranken, die sozialen Absteiger, die Obdachlosen, die Umsiedler, die Flüchtlinge, die Gastarbeiter, die Kinderreichen, die Einsamen, diejenigen, denen nicht mit Sozialhilfe geholfen ist, sondern nur mit menschlicher Nähe und brüderlicher Hilfe.

Eine Gemeinde kann *zeichenhaft Dienste organisieren*, für die sich größere Organisationen nicht zuständig fühlen: Besuchsdienste, Kinderbetreuung, Entlastung von Hausfrauen, Integration von Behinderten, Wohnungsvermittlung für kinderreiche Familien, Partnerschaft mit Gastarbeitern, Hausaufgaben-

betreuung für Gastarbeiterkinder usw. Hier können Zeichen gesetzt werden und hier werden Gott sei Dank viele Zeichen gesetzt.

Schließlich hat die Kirche – und jede kirchliche Gemeinde – eine *Verpflichtung gegenüber ihren gesellschaftlichen und politischen Partnern*. Jede kirchliche Gemeinde hat auch eine Aufgabe darin zu sehen, zu einem guten Klima, zu einem guten Geist des Zusammenlebens beizutragen. Zu den wichtigsten Verpflichtungen der Christen gehört es, Frieden zu stiften. Es gehört deshalb auch zu den sozialen Diensten der Kirche und der Gemeinde, den Frieden zu fördern, sich dafür einzusetzen, daß Leidenschaften in Grenzen gehalten werden, daß Meinungsverschiedenheiten menschenwürdig gelöst werden, daß Ungerechtigkeiten, die das friedliche Zusammenleben bedrohen, beim Namen genannt und beseitigt werden. Damit ist schon gesagt, daß es sehr wohl auch einmal die Aufgabe einer Kirchenleitung oder einer Gemeinde sein kann, im öffentlichen Leben für heilsamen Unfrieden zu sorgen.

Ob solche „politischen“ Erwartungen an die Kirche zu hoch sind? Auf jeden Fall sollte man lieber zuviel als zuwenig von ihr erwarten. Niemand – auch nicht die Kirche – kann allen Erwartungen gerecht werden. Die angemessene Reaktion darauf ist aber nicht, die Erwartungen herunterzuschrauben. Die angemessene Reaktion darauf ist, daß sich jeder an seinem Platz selber den Ansprüchen aussetzt, unter die er andere stellt.